

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Band: 52 (1958)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : Umsturz in Frankreich ; Das Ende der Vierten Republik ; Ungelöste Fragen ; Die Herren von Algerien ; Freiheit, Gleichheit? ; Keine Gewaltlösungen!

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140276>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im übrigen gilt auch hier: den Leib konnten sie töten, die Seele nicht. Die Partei Savonarolas sammelte sich wieder um das durch den Tod verklärte Bild des Propheten. Sie richtete die verlorene Freiheit wieder auf, sie verteidigte sie im Jahre 1530 in einem Kampf, der unsterblich leben wird, auch wenn er nicht siegreich war.

Wir wollen sein Los nicht beklagen. Dieses Ende gehörte zu diesem Leben. Und was er gewollt und im Geiste geschaut, das ist ja geschehen. Denn als Savonarola starb, da war Martin Luther schon 15 Jahre alt.

Leonhard Ragaz

WELTRUNDSCHAU

Umsturz in Frankreich Bei unserem weltpolitischen Tour d'horizon steht diesmal natürlich der «kalte» gaullistische Staatsstreich in Frankreich durchaus im Vordergrund. Die Gefahr einer faschistischen Diktatur hing ja schon seit Monaten über unserem westlichen Nachbarland. Ich wollte zwar trotz allen beunruhigenden Anzeichen nicht glauben, daß das Unheil doch über Frankreich hereinbrechen werde – aber rechnen mußte man damit gleichwohl mehr und mehr, besonders nach dem Pariser «Polizeiputsch» und nach der Untat von Sakiet. So schrieb ich denn noch in der letztmonatlichen Rundschau, die am 13. Mai abgeschlossen wurde, die Fortsetzung von Frankreichs blutigem Kolonialkrieg könne «höchstens dazu führen, daß auch im Mutterland der offene Faschismus ans Ruder kommt, der in Algerien längst herrscht und wütet». Und siehe da, am gleichen Tag brach tatsächlich in Algier die Revolte der Armeeführer und Kolonialfranzosen aus, die, wie sie verkündeten, «fest entschlossen» seien, «eine von General de Gaulle präsierte Wohlfahrtsregierung einzusetzen, um eine tiefgehende Reform der Einrichtungen der Republik in die Wege zu leiten».

Die Hoffnung, die Pariser Regierung werde vor diesem *Fait accompli* sofort zusammenklappen und Herrn de Gaulle die Macht abtreten, erfüllte sich zwar nicht; Ministerpräsident Pflimlin machte vielmehr zuerst Miene, die Vierte Republik tapfer verteidigen zu wollen. Allein er besann sich – offenkundig von dem «Sozialisten» Mollet aus der Kulisse ermuntert – sehr schnell eines Schlechteren. Wie hätten auch die Parteien der Mitte, die als tatsächliche Sachwalter der nationalistisch-kapitalistischen Rechten in wechselnden Koalitionsformen regierten, den meuternden Generälen in die Arme fallen können, nachdem sie dreieinhalb Jahre lang den algerischen Volksaufstand mit einem immer größeren Militäraufgebot hatten bekämpfen lassen? Sie hätten ja ihre ganze bisherige Politik verleugnen müssen, wenn sie sich hätten weigern wollen, das verzweifelte Kolonialabenteuer mit noch schärferen Mitteln bis zum bitteren Ende durchzustieren.

Dazu kam – als vollends entscheidende Tatsache –, daß die algerischen Putschisten und ihre Mitverschworenen im Mutterland die Träger des bestehenden Regimes in eine scheinbar unentrinnbare Zwangslage versetzten. «Wenn ihr» – so gaben sie ebenso brutal wie demagogisch zu verstehen – «de Gaulle als Frankreichs Führer ablehnt, dann habt ihr nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: Entweder entfesselt ihr, Arm in Arm mit den vaterlandslosen Kommunisten und den übrigen Volksfrontisten, den jakobinischen Widerstand gegen die von Algier ausgehende nationale Erneuerungsbewegung – oder wir marschieren auf Paris und machen dem ganzen verfaulten Parteienbetrieb gewaltsam ein Ende!» Die Eroberung von Korsika, das den Faschisten widerstandslos in die Hände fiel, gab dieser Bürgerkriegsdrohung den nötigen Nachdruck und half denn auch kräftig mit, die noch etwas Schwankenden in Paris auf den «rechten Weg» zu leiten. Dies um so mehr, als der Präsident der Republik selbst, M. Coty, die maßgebenden Parteiführer dringend ersuchte, General de Gaulle an die Spitze der Regierung zu berufen, bevor die Nation in Chaos und Blutvergießen gestürzt werde; andernfalls müsse eben eine Volksfrontregierung mit Beteiligung der Kommunisten gebildet werden, und dazu könne er, von seinem Gewissen gedrängt, die Hand niemals bieten . . .

Kurz, das Doppelgespenst des Kommunismus und des Bürgerkriegs tat seine Wirkung. Und die tiefgehende moralische Gleichgültigkeit einer Volksmehrheit, die sich nicht einmal gegen den Einmarsch Hitlers im Jahre 1940 gewehrt hatte, gegenüber der brennenden Gefahr eines neuen Verlustes der politischen Freiheit, verbunden mit der unverhohlenen Zustimmung breitester Kreise, bis in die Arbeiterschaft hinein, zur Behauptung des französischen Kolonialreiches und zur Weiterführung des Algerienkrieges, besorgte das übrige, um de Gaulle als das vermeintlich kleinere Übel erscheinen zu lassen – wie der Halbfaschismus der Brüning, Papen und Schleicher den Deutschen als immerhin erträgliche Schutzwehr gegenüber dem Ansturm des Vollnazismus erschienen war. Dabei hätte ein Mindestmaß von Entschlossenheit zum Gebrauch der Machtmittel, die anfangs noch unbestritten der Regierung zu Gebote standen, genügt, um die Meuterei von Algier zusammenbrechen zu lassen und ihr Übergreifen auf Frankreich zu verhindern. Die algerische Armee ist so sehr von der ungestörten wirtschaftlichen, finanziellen und verkehrsmäßigen Verbindung mit dem Mutterland abhängig, daß deren Abschneidung einem Befehl zum unbedingten Gehorsam, den die Regierung erlassen hätte, mit höchster Wahrscheinlichkeit Nachachtung verschafft hätte. Noch gleich nach dem Handstreich von Korsika wäre es möglich gewesen, durch Einsatz von «Arbeiterbataillonen» und Sperrung der Zufuhren die Autorität der Regierung wiederherzustellen, – auch diese Möglichkeit wurde bewußt vernachlässigt. Die Stützen der herrschenden Ordnung zogen es vor, die Schande einer Waffenstreckung vor dem Erpressungsmanöver der Armeeführer auf sich zu nehmen und die Republik an de Gaulle

auszuliefern, um nur ja nicht die freiheitlichen Volkskräfte zum Widerstand aufrufen und eine Beteiligung der Kommunisten und ihrer Gewerkschaften an der Abwehrbewegung in Kauf nehmen zu müssen, obwohl nach der ganzen Sachlage die Gefahr einer kommunistischen Parteidiktatur als Folge solchen Vorgehens als ausgeschlossen gelten konnte, schon darum, weil die Vereinigten Staaten nach den feststehenden Grundsätzen ihrer Außenpolitik eine Linksregierung in Frankreich, die von Kommunisten beherrscht wäre, als «inneren Angriff» auf die «freie Welt» betrachten und mit bewaffneter Macht gegen sie eingreifen würden, wie sie es im Falle von China, Griechenland, Guatemala, Jordanien usw. bereits getan haben und gerade jetzt gegenüber Libanon androhen.

Das Ende der Vierten Republik So konnten auch die Ansätze zu einer nicht von «oben» geförderten Widerstandsbewegung das Unheil nicht mehr abwenden. Die Regierung hatte wirklich keinen Grund, die meist harmlosen Teilstreiks oder die an sich gewiß imposante Pariser Massenkundgebung vom 28. Mai zu verbieten; «das Volk» bekam damit ja nur Gelegenheit, seine Kampfgelüste auf eine für die KapitulantInnen ungefährliche Art abzureagieren. Die Pflimlin, Mollet und Pinay trieben inzwischen ihr Doppelspiel zielbewußt weiter. Für das Publikum mimte man Sorge um den inneren Frieden und um die Sicherstellung der republikanischen Grundrechte – im Hintergrund verhandelte man bereits mit de Gaulle, um ihn zu einer Form der Machtübernahme zu bewegen, die es den «Verteidigern der Republik» erlauben würde, wenigstens einigermaßen das Gesicht zu wahren. Ob ihnen das gelungen ist, mögen diejenigen entscheiden, auf deren Kurzsichtigkeit das ganze Manöver berechnet war. Wir anderen stellen einfach fest, daß de Gaulle seinen Wiederaufstieg zur Macht ausschließlich dem faschistischen Staatsstreich in Algerien verdankt und daß er darum trotz all seiner eitlen Autoritätsanmaßung mehr oder weniger der Gefangene der Generäle und Kolonialisten ist. Es ist so, wie der «New Statesman» (31. Mai) schreibt: «Die extremistischen Colons, die schon oft ihre Politik bestimmten Pariser Ministern aufgezwungen haben, erwarten keinen großen Widerstand von dieser alternden Primadonna, die ihren Altweibersommer am Staatsruder gänzlich ihren Anstrengungen dankt. De Gaulles Schlagworte mögen verschwommen sein, und manche Demokraten in Frankreich wie im Ausland haben gerade in dieser Zweideutigkeit ein paar Trostkrümchen zu finden gesucht; sie vergessen aber, daß es bei Soustelle und Massu liegt, zu sagen, wie die Sache gemeint ist.» Und sogar die «Neue Zürcher Zeitung», die wie die meisten bürgerlichen Blätter der Schweiz das Mögliche an Verharmlosung des Umsturzes in Frankreich tut, muß sich aus Rom berichten lassen, daß die Italiener aus ihren Erfahrungen mit dem Faschismus «keine Illusionen über die Scheinlegalität der im Palais Bourbon voll-

zogenen Machtübertragung» hegten und starke Zweifel an de Gaulles Fähigkeit hätten, «sich seiner Helfer, der aufsässigen Militärs und der Rechtsextremisten, wieder zu entledigen. Wie das auf die Gewalt gestützte Regime den Weg zurück zur Gesetzmäßigkeit ohne einen Bürgerkrieg finden soll, bleibt für die meisten Betrachter ein düsteres Rätsel.»

Tatsächlich hat de Gaulle denn auch vom sterbenden Parlament der Vierten Republik ungescheut die Vollmacht erpreßt, für sechs Monate ohne Volksvertretung Gesetze machen, also in Form der Diktatur regieren zu dürfen. Und bis dahin soll durch «Volksabstimmung» – nach dem Muster Napoleons des Dritten – eine neue Verfassung in Kraft gesetzt sein, die allein der Ministerrat zu entwerfen haben wird und über deren Inhalt der Regierungschef – von ein paar beschwichtigenden Versprechungen abgesehen – nichts gesagt hat, deren Charakter aber sich die ahnungsvollen Abgeordneten und Senatoren unschwer vorstellen können. Die Wahrheit liegt für Sehenswollende offen am Tag: Die Reste der bürgerlichen Demokratie, die die politische Praxis der Vierten Republik noch geachtet hat, sind im Verschwinden begriffen; es bildet sich eine Fünfte Republik, die – mit etwelchen demokratischen Verzierungen – tatsächlich eine reaktionär-konservative Militärdiktatur sein wird. Und das durch Schuld einer widerstandsunwilligen Volksmeinung und einer politischen Führerschaft, die – man kann es nicht anders ausdrücken – die freiheitlichen Ideale des besten Franzosentums einfach verraten hat.

Besondere Schuld trifft dabei die sogenannte Sozialistische Partei. Denn was man auch gegen die französischen Kommunisten sagen mag – und ich habe viel gegen sie zu sagen –: ihre Partei und ihre Gewerkschaftsorganisation haben nicht kapituliert, sondern geschlossen standgehalten und sind, wenn man von «mäßigen» Einflüssen Moskaus absieht, nur durch die Willenslähmung der übrigen Linken an wirksam-tätiger Abwehr verhindert worden. Die Sozialisten hingegen haben schlechthin jämmerlich versagt. Sprach sich ihre Parlamentsfraktion anfangs noch fast einmütig gegen eine Berufung de Gaulles aus, so lehnte am 1. Juni nur mehr eine knappe Mehrheit die Betrauung des Generals mit der Bildung der Regierung ab, und in der Nacht zum 3. Juni waren es noch ganze drei Abgeordnete, die in der Nationalversammlung gegen die Vorlage über die Verfassungsreform stimmten, während 45 Mann sich tapfer der Stimme enthielten und 46 für die Vorlage eintraten. Ein plötzliches Erscheinen de Gaulles in der Versammlung und ein paar wenige Worte der Drohung mit dem Rücktritt der neuen Regierung hatten genügt, um die letzten Widerstände zu brechen, obwohl der Diktaturaspirant erklärt hatte, er mache die Zustimmung aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, zur Bedingung seiner patriotischen Rettungsaktion, so daß es also die Sozialistische Partei in der Hand gehabt hätte, das ganze Abenteuer zu verhindern! Wird man nicht an den alten Tacitus erinnert, der an einer berühmten Stelle seiner Zeitgeschichte beschreibt, wie die Römer

«ruere in servitium», sich zur Knechtschaft gegenüber den Cäsaren geradezu drängten? Es war jetzt auf alle Fälle auch nicht viel würdiger als am 10. Juli 1940, da sich unter dem vereinten Druck General Weygands, des Beauftragten von Marschall Pétain, und der Invasionsarmee Hitlers das französische Parlament selbst entmannte. Léon Blum, einer der wenigen Widerstrebenden, blickt in seinen «Erinnerungen» mit Scham auf dieses Schauspiel zurück. «Auch wenn man», so bemerkt er, «zugeben wollte, daß die Drohung einigen Gehalt hatte, oder sogar daß Hitler entschlossen war, im Fall eines Widerstandes der Nationalversammlung eine Regierung nach seiner Art und Regenten seiner eigenen Wahl einzusetzen, war es nicht hundertmal besser, sich offen dem Zwang zu stellen, als Frankreich durch falsche Zustimmung zu verpflichten? . . . Es gibt Notwendigkeiten, denen man sich unterzieht, ohne sie innerlich anzunehmen, und vor allem denen man nicht selbst entgegenkommt, weil es auch in der Niederlage noch eine Ehre gibt und ein Besiegter noch kein Vasall ist.»

Ungelöste Fragen Die fast spielende Leichtigkeit, mit der sich de Gaulle wieder zur Macht aufschwingen konnte, erklärt sich freilich auch rein sachlich ohne Mühe durch die innere Verdorbenheit, Unbeständigkeit und Leistungsunfähigkeit des französischen Parlamentarismus. Für die Erhaltung dieses Regimes war wirklich keine Begeisterung aufzubringen; es weckte überall nur Verachtung, so daß sich – etwas übertreibend gesprochen – keine Hand für seine Verteidigung rührte. Eine Reform der politischen Einrichtungen Frankreichs war schon längst fällig – darin hatten de Gaulle und seine Leute durchaus recht. Was aber ihr großes Unrecht war und ist, das ist, daß sie die Überlebtheit der bisherigen Formen der französischen Demokratie zur Abschaffung der Demokratie selber mißbrauchten. Sie wollen nicht die konservativ-kapitalistisch verzerrte und verfälschte Demokratie durch die Schaffung einer neuen sozialen Ordnung ersetzen, die der politischen Demokratie erst eine tragfähige Grundlage bieten und ihr gesundes Arbeiten ermöglichen könnte, sondern die alte, überlebte soziale Ordnung, die keinen Halt in der Volksüberzeugung mehr hat, mit Gewalt stützen und ihre Ausnützung durch die besitzenden Klassen weiterhin sicherstellen. Sie vertreten keine echte Revolution, sondern nur die Gegenrevolution, die die wirkliche Erneuerung Frankreichs verhindern soll. In diesem Sinne schließt sich die durch de Gaulle ausgelöste Bewegung deutlich an die Gegenrevolution an, die bald nach dem Zweiten Weltkrieg mit massiver amerikanischer Nachhilfe die so verheißungsvolle Résistance-Bewegung um ihre besten Früchte brachte. Obwohl aus dem Bankerott der Kolonialpolitik herausgewachsen, den die besitzenden Klassen nicht anerkennen wollen, hat die Aktion der Hintermänner de Gaulles, der ja nicht unmittelbar an der Revolte von Algier beteiligt war, viel weiter greifende Ziele als nur die Sicherung der Kolonialprofite und die Wiederbelebung der

Gloire und Grandeur Frankreichs. Sie wird, wenn sie sich ungehemmt ausleben kann, ein ähnlich allgemeines System sozialen Konservatismus und politischer Diktatur entwickeln, wie dies die spanische Gegenrevolution unter General Franco getan hat, die ja auch von nordafrikanischem Kolonialboden ihren Ausgang genommen hat. Und je mehr die Armee und die Kolonialisten ihre Hoffnungen auf einen Sieg in Algerien werden schwinden sehen, um so mehr werden sie zu dem Versuch gedrängt werden, Frankreich selbst dem Faschismus zu erobern. Statt daß Algerien in Frankreich aufginge (wie sie jetzt wollen), würde dann umgekehrt Frankreich in Algerien – das heißt in einer vollendeten Militärtyrannei – aufgehen.*

Aber die Restaurationsbewegung wird sich dennoch nicht auf diese Art ausleben können. Die Kräfte der Zersetzung und Unbeständigkeit, die die Vierte Republik unterwühlt haben, werden weiterwirken und durch ihre gewaltsame, nur mechanische Niederhaltung erst recht Spannungen erzeugen, die früher oder später eine bürgerkriegsartige Entladung herbeizuführen drohen. Die *V o l k s f r o n t*, vor der sich die konservativen Schichten und ihre politischen Handlanger zu de Gaulle und seiner militärischen «Ordnungsmacht» flüchteten, wird nun erst recht kommen müssen, wenn auch gewiß in anderer Form als 1936; die «neue Linke», an der seit Jahren so viel und so erfolglos herumgeprübelt wird, muß jetzt auftreten, getragen von einem den Zeitnotwendigkeiten geöffneten Linksbürgertum, einem erneuerten, charaktervollen Sozialismus und einem dogmenfreien, den *f r a n z ö s i s c h e n* Kampfbedingungen angepaßten Kommunismus.

Die dem heutigen Frankreich wirklich gestellte Frage – die Frage der Erneuerung und Verstetigung seiner sozialen und politischen Lebensformen – bleibt jedenfalls trotz de Gaulle ungelöst und kann nur von Kräften gelöst werden, die aus einem ganz andern Lager kommen als der hochmütige Aristokrat von Colombey. Es bleiben aber auch die Kolonialfrage und besonders die algerische Frage. Sie verlangen eine Lösung nicht allein um des Friedens und der Zukunft der Kolonialvölker willen, sondern auch um der französischen Demokratie und des französischen Sozialismus willen. Ist es nicht bezeichnend, daß der Versuch, Frankreichs bisherige Kolonialuntertanen weiterhin mit Gewalt niederzuhalten und ihre Freiheitsbewegung blutig zu ersticken, das Mutterland selber seiner Freiheit und Selbstbestimmung zu berauben droht? Wie aller militärische Machtkampf und schon die Rüstung daraufhin, so ist auch der koloniale Imperialismus ein Todfeind der politischen Freiheit der Völker, die sich darauf einlassen. Schon darum muß die französische Demokratie Algerien freigeben und Frankreichs Beziehungen auch zum schwarzen Afrika gänzlich neu ordnen.

Aber auch mit dieser Aufgabe wird de Gaulle, wie sich bereits zeigt,

* In diesem weiteren Zusammenhang verdient auch der Ausspruch des Führers der Revolte auf Korsika festgehalten zu werden: «Dies bedeutet das Ende der Regierung von Juden und Intellektuellen.»

nicht fertig werden. Er hätte zu ihrer Lösung beitragen können, wenn er sich mit den freilich recht nebelhaften Ideen, die er früher über die Kolonialfrage geäußert hat, von einer republikanischen Regierung hätte nach Algerien schicken lassen, um eine Verständigung zwischen Franzosen und algerischen Nationalisten zu versuchen. Das hätte ihm aber sein mystischer Sendungswahn nicht erlaubt; ER kann sich ja seit seiner Rolle im Zweiten Weltkrieg, die ihm in den Kopf gestiegen ist, nur mehr als Führer und Retter der Nation sehen, als den «Mann der Vorsehung», wie Mussolini, als den «gottgesandten Befreier», wie Adolf Schicklgruber sich feiern ließ. So hat er wohl nur die Wahl zwischen dem Versuch, seine unreifen Kolonialpläne autoritär zu verwirklichen, was ihn bei seinen faschistischen Anhängern unmöglich machen müßte, und der Ausführung der höchst unsentimentalen Algerienpolitik, die den Massu, Soustelle und Borgeaud vorschwebt und nur mit einer Katastrophe für Frankreich enden kann. In beiden Fällen wird er scheitern. Die algerische Frage wird, wie die Dinge heute stehen, nur durch Anerkennung der vollen nationalen Unabhängigkeit des unglücklichen und doch zukunfts gewissen Landes einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden.

Die Herren von Algerien Daß die kämpfenden Algerier nichts anderes mehr als die gänzliche Befreiung von der französischen Herrschaft annehmen können, wird einem vollends klar, wenn man sich den unhaltbaren Gesamtzustand der algerischen Kolonialwirtschaft vergegenwärtigt. Es rechtfertigt sich gerade jetzt, etwas näher darauf einzutreten.*

Dem algerischen Volk gehört vor allem nicht einmal «sein» Grund und Boden. Die französischen Siedler haben sich die fruchtbarsten, am leichtesten bewässerbaren Ländereien, namentlich im Küstenstrich, angeeignet, während 75 Prozent des Bodens der einheimischen Algerier völlig ertragsunfähig sind. 25 000 Europäer besitzen 2 720 000 ha, im Mittel 108 ha (von denen 62 produktiv sind), während 7 672 000 ha in der Hand von 532 000 algerischen «Bauern» sind, im Mittel 14 ha (davon nur 5 produktiv). Die kleinen europäischen Siedler verfügen freilich im Durchschnitt nur über 28 ha; bei den großen geht der Grundbesitz in die Zehntausende: M. Dussaix 18 000, M. de Crillon 13 000, M. de Calan 6000 ha usw. Die Compagnie Algérienne hat 70 000 ha zu eigen, die Compagnie Genevoise 20 000, die Société des Lièges des Hamendas 50 000 ha Korkeichwälder. Produziert wird vor allem für die Ausfuhr, und zwar weniger Getreide (das nicht so viel Gewinn abwirft) als Südfrüchte, Gemüse und Wein. Von den 400 000 ha Rebbergen gehören 90 Prozent den Europäern. Die muhammedanische Landbevölkerung – fast sieben Mil-

* Meine Hauptquelle für das folgende ist das Buch von Colette und Francis Jeanson «L'Algérie hors la loi» (Éditions du Seuil, Paris 1955), das, wie die beiden Verfasser schreiben, die Frucht langer gemeinsamer Forschungsarbeit ist.

lionen Menschen – lebt auf einem ganz niedrigen Niveau; ihr Jahreseinkommen je Familie ist im Durchschnitt kaum 20 000 Francs (nach dem heutigen Geldwert etwas mehr als 200 Schweizer Franken). Die unterste Schicht der Fellachen kann nur durch zusätzliche Lohnarbeit notdürftig existieren.

Die Oberschicht der französischen Großgrundbesitzer andererseits zieht riesige Gewinne aus dem Boden und ist zudem eng mit landwirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Gesellschaftsunternehmungen verbunden. Ein paar Beispiele:

Henri Borgeaud, Senator von Algier, ist Besitzer der Domaine de la Trappe, die 40 000 hl Wein im Jahr liefert. Daneben ist er beteiligt an einer Weinbau-AG (45 000 hl im Jahr), an einer Orangerie von 100 ha, an einer Mühlenunternehmung, an Holzgeschäften, Tabakfabriken, Schnapsbrennereien, Textil- und Zementfabriken und sonst noch an einem Dutzend anderer Erwerbsgesellschaften.

Georges Blachette, Abgeordneter von Algier, verfügt über das größte Vermögen im Parlament; sein Einkommen wird auf anderthalb Milliarden Francs im Jahr geschätzt. Er ist der Spartgraskönig und außerdem an einer Reihe von Wasserwerken, Weinbergen, Textilfabriken, Steinbrüchen und Landwirtschaftsgesellschaften beteiligt.

Laurent Schiaffino, Senator von Algier, ist der «Trustgewaltige» des Landes. Als Leiter der Reederei Charles Schiaffino & Cie. steht er in enger Beziehung zum Comité des Forges und zur Omnium des Mines (also zur Schwer- und Grubenindustrie). Außerdem ist er unter anderem beteiligt an einer Phosphatunternehmung, einer Schiffahrtsgesellschaft und an zwei Banken.

Die algerische Industrie ist sozusagen vollständig in französischen Händen. Ihre Entwicklung hat freilich erst verhältnismäßig spät eingesetzt, da Algerien für Frankreich vor allem ein Lieferant von Rohstoffen, Lebens- und Genußmitteln und ein Absatzmarkt für seine eigenen Industrieerzeugnisse ist. Eine eigentliche Industrialisierung interessierte weder die Großgrundbesitzer, die sich ihre billigen Arbeitskräfte erhalten wollten, noch die französischen Trusts, die keine algerische Konkurrenz aufkommen ließen. Die meisten neugeschaffenen Industrien sind so entweder Filialen von Unternehmungen im Mutterland oder kleine und mittlere Lokalunternehmungen. Angesichts der tiefen Lebenshaltung der Masse des algerischen Volkes bleibt der algerische Absatzmarkt ohnehin ziemlich eng begrenzt: der Großteil der Erzeugnisse der algerischen Fabrik- und Bergwerksindustrie geht nach Frankreich, mit recht hübschen Gewinnen. Die Mines de l'Ouenza zum Beispiel, die 78 Prozent des algerischen Eisenerzes fördern, verzeichneten 1947 einen Reingewinn von 76 Millionen Francs, 1952 bereits einen solchen von 2484 Millionen.

Neuerdings interessiert sich das französische Kapital besonders auch für die Öl- und Mineralvorkommen in der Sahara. Bereits sind Ölvorräte von mindestens 100 Millionen Tonnen festgestellt und

teilweise auch ausgebeutet worden; man schätzt aber den Gesamtertrag auf rund fünf Milliarden Tonnen. Die algerische Sahara birgt außerdem eines der größten Eisenerzlager der Welt sowie vielversprechende Lager von Mangan, Kupfer und Zinn. Vielleicht wird man auch Rohstoffe für die atomare Industrie auffinden. Der Besitz der Sahara ist für Frankreich jedenfalls einen blutigen und teuren Kolonialkrieg schon wert . . .

An der industriellen Entwicklung Algeriens beteiligt sich übrigens mehr und mehr auch amerikanisches und deutsches Kapital. Auf Afrika richtet sich in der Tat mehr und mehr das Augenmerk besonders des neuesten deutschen Imperialismus, der riesige Möglichkeiten wirtschaftlicher und politischer Herrschaft in der Ausbeutung der noch ganz unvollkommen erschlossenen Rohstoffquellen und der höchst zukunftsreichen Absatzmärkte Afrikas wittert. Die «deutsch-französische Zusammenarbeit» hat einen sehr goldenen Hintergrund!

Freiheit, Gleichheit! Daß die Banken und Finanzgesellschaften, unter französischer Leitung, ein Hauptwerkzeug der kolonialen Ausbeutung Algeriens sind, erscheint selbstverständlich. Ihre Verzweigungen hier darzustellen, würde indessen zu weit führen; genauere Angaben finden sich in dem erwähnten Buch der Jeansons (S. 139/140). Hingegen sei noch ein Blick auf die Lage des algerisch-muselmanischen Volkes selbst geworfen. Die einheimische Bevölkerung Algeriens hat sich seit dem Beginn der französischen Eroberung (1830) vervierfacht. Jetzt beträgt sie rund neun Millionen Menschen (zu denen etwa 1 250 000 Europäer kommen). Jedes Jahr vermehrt sie sich um weitere 320 000 Köpfe, ist doch die Geburtenzahl in Algerien eine der höchsten in der Welt (40,6 Kinder auf 1000 Einwohner, gegen rund 18 in der Schweiz). Wenn diese Bewegung anhält, wird Algerien in zwanzig Jahren 15 Millionen Einwohner zählen. Eine Ursache der Übervölkerung des Landes – das ist ja eine allgemein beobachtete Erscheinung – ist der niedrige Lebensstand seiner Bewohner, der durch die wachsende Volkszahl noch immer weiter heruntergedrückt wird. Eine Milderung des Bevölkerungsdruckes ist erst zu erwarten, wenn sich die wirtschaftliche und soziale Lage Algeriens kräftig hebt – und das erscheint bei Fortdauer der kolonialen Ausbeutung unmöglich. Man ersieht dies schon aus der Tatsache der Dauerarbeitslosigkeit, unter der Algerien leidet, sind doch rund eine Million algerische Arbeitskräfte (ganz oder teilweise) ständig erwerbslos. Vom Land her strömen die Arbeitslosen in die Städte, wo sie in den berüchtigten Bidonvilles ein richtiges Elendsdasein führen. Zu Hunderttausenden wandern sie gleichzeitig nach Frankreich aus, dessen Lumpenproletariat sie von Jahr zu Jahr gefährlicher vermehren.

Was die Löhne betrifft, so betragen sie nach der letzten uns zugänglichen Erhebung im Monatsdurchschnitt in der Industrie rund

15 000 Francs (etwa 150 Schweizer Franken). In der Landwirtschaft werden bei 12- bis 14stündiger Arbeitszeit in der besten Kategorie etwa 4,5 Schweizer Franken Taglohn bezahlt. Nach dem UNO-Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas in den Jahren 1955/56 kann die landwirtschaftliche Bevölkerung in Algerien wie im übrigen Nordafrika kaum das nackte Leben fristen, und eine französische Erhebung von 1948 bezeichnet 60 Prozent der ländlichen Familien Algeriens als «gänzlich mittellos», betrage doch das durchschnittliche Jahreseinkommen auf dem Land nur etwa 235 Schweizer Franken.

Begreiflich, daß die **Gesundheitsverhältnisse** der algerischen Bevölkerung – trotz gewissen Fortschritten in den letzten Jahrzehnten – denkbar miserabel sind. Da die allermeisten Ärzte in den Städten wohnen, entfallen in den ländlichen Gebieten nur vier bis acht Ärzte auf je 100 000 Einwohner (gegen 78 in der Stadt Algier). An Krankenhäusern und Pflegepersonal fehlt es auf dem Land ebenso sehr. Die Kindersterblichkeit ist besonders groß; fast die Hälfte der muhammedanischen Neugeborenen stirbt vor der Erreichung des fünften Lebensjahres. Aber auch die erwachsenen Algerier haben eine verhältnismäßig kurze Lebenserwartung: etwa 50 Jahre gegen 72 Jahre bei den europäischen Einwanderern und ihren Nachkommen. Ungenügende und unzureichende Ernährung legt den Boden zu vielen Krankheiten und Schwächezuständen; besonders Tuberkulose, Hungerödem und Trachom (Augenleiden) wüten schrecklich.

Entsprechend schlecht sind auch die **Schulungsmöglichkeiten**. Die Europäerkinder werden alle geschult, von den Algerierkindern nur 19 Prozent. «2 400 000 Kinder irren so in den Straßen herum. Schuhputzer, Träger, fliegende Händler – das ist das Los vieler von ihnen», so lesen wir in einem Bericht. Bezeichnend für die Lage ist, daß von den 5146 Studenten der Universität Algier (1954) nur 557 Muhammedaner sind; wäre der prozentuale Anteil der beiden Bevölkerungsgruppen an der Studentenzahl der gleiche, so müßten es etwa 37 000 muhammedanische Studierende sein. Besonders schlimm ist der Mangel an Fachschulen; in einem Lande, das zu 80 Prozent vom Bodenertrag lebt, gibt es landwirtschaftliche Schulen so gut wie gar nicht, und in andere Fachschulen werden Muhammedaner nur in geringer Zahl aufgenommen. Auch die arabische Muttersprache des Großteils der algerischen Bevölkerung wird schwer vernachlässigt, wie die Franzosen die arabische Kultur überhaupt als minderwertig verachten. Daß unter diesen Umständen nur ganz vereinzelt Algerier in Amtsstellen des Generalgouvernements zu finden sind, versteht sich von selbst.

Und da reden de Gaulle und seine Anhänger von Gleichberechtigung der Algerier mit den Franzosen! Mag auch künftig im Wahlrecht eine gewisse Gleichstellung der Muselmanen mit den Europäern eintreten – die **soziale und wirtschaftliche Minderberechtigung** der Algerier ist derart kraß und unerträglich, daß es mehr als verständlich ist, wenn die arabischen Algerier von der vollen Einver-

leibung (intégration) Algeriens in Frankreich keine Besserung ihrer tatsächlichen Lage erwarten, vielmehr auf der gänzlichen Unabhängigkeit von der französischen Herrennation bestehen.

Keine Gewaltlösungen!

Man kann freilich nur mit Sorge daran denken, was etwa geschehen könnte, wenn die französischen Scharfmacher darauf beharren sollten, Frankreichs Vormachtstellung in Algerien gewaltsam zu behaupten und den Krieg gegen die algerische Freiheitsbewegung bis zum bitteren Ende durchzukämpfen. Was in Indochina fast im letzten Augenblick verhindert wurde – die Ausweitung des Kolonialkrieges zum Weltkrieg –, das droht sich in Nordafrika wirklich zu ereignen, falls auch Tunesien in den Wirbel hineingerissen würde und Marokko, Ägypten und die anderen arabischen Staaten gegen Frankreich in Bewegung kämen. Der von Frankreich mit angezettelte Suezkrieg ist noch nicht vergessen! Und die nicht abreißenden israelisch-arabischen Zwischenfälle wie auch der Druck, den gegenwärtig die Vereinigte Arabische Republik auf den Libanon ausübt, um ihn vom Westblock zu lösen, erinnern nur zu lebhaft daran, daß der Orient mit seinen mannigfachen, so verwickelten Fragen nach wie vor ein Brandherd erster Ordnung ist. Auch auf Zypern spitzen sich, besonders durch das Eingreifen der Türkei mit ihrer Teilungsforderung, die Gegensätze gefährlich zu.

Man hat überhaupt den Eindruck, daß die Neigung zu Gewalttätigkeiten, ja zu kriegerischen «Lösungen» bestehender Konflikte, in der Welt ganz allgemein zunimmt. Pakistan zum Beispiel verfeindet sich mehr und mehr mit Indien wegen Kaschmir. Indonesien ist nur oberflächlich beruhigt. In Südvietnam reift eine revolutionäre Lage heran. Tschiang Kai-schek auf Formosa und Syngman Rhee in Südkorea drohen beständig mit Krieg gegen China beziehungsweise Nordkorea. Afrika ist ohnehin in voller Gärung begriffen und treibt an mehr als einem Ort schweren Rassenkämpfen entgegen: in Südafrika, in Rhodesien, neuerdings wieder in Britisch-Ostafrika, vielleicht auch in Französisch-Westafrika. Daß sich Südamerika radikalisiert und in Feindseligkeit gegen die Vereinigten Staaten hineinsteigert, sieht man ebenfalls an zahlreichen Vorfällen und Bewegungen. Europa selbst ist auch abgesehen von Frankreich voller Unruheherde und sozialer wie politischer Spannungen; Spanien (das Francos Diktatur die längste Zeit ertragen hat), Italien, Großbritannien, die beiden Deutschland schlagen sich mit ungelösten Problemen herum, hinter denen alle Widersprüche und Sprengkräfte eines niedergehenden Kapitalismus stehen. Und über all dem schwebt die Drohung eines dritten Weltkrieges, der aus dem verbissenen Ringen der kapitalistisch-konservativen mit der kommunistisch-revolutionären Welt herausbrechen will und als atomare Riesenkatastrophe für die Menschheit enden müßte.*

* Für die Verschärfung der west-östlichen Spannung ist ganz bezeichnend der neue Bruch zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien, ist doch das

Es ist sicher nicht nur kreatürliche Angst vor dem Atomtod, was hinter der weltweiten Bewegung für Frieden und Abrüstung steht. Ihr tieferer Sinn ist die Auflehnung gegen die unmenschlichen Höllenmächte, die uns in den Atomkrieg hineintreiben wollen, die Verantwortung, die wir vor Gott und den Menschen für die Welt haben, und die Entschlossenheit, Gottes Willen gerade in dieser Frage – der Frage der Kriegsrüstungen, die in der Atombombe ihre endgültige Selbstwiderlegung gefunden haben – um jeden Preis zu tun, auch wenn man uns mit den massivsten «realpolitischen» Gegengründen von solchem Gehorsam abbringen will. Wir wollen uns das auch in dem nun sogar in unserer militärfreudigen Schweiz entbrennenden Kampf um die Atomrüstung stets vor Augen halten. Die Volksinitiative gegen die Ausstattung der Schweizer Armee mit Atomwaffen ist ja nun grundsätzlich beschlossen. Aber auch die Gegenbewegung ist bereits im Gang – und auf welchem beschämenden Niveau! Daß die sozusagen berufsmäßigen Rüstungsgläubigen Gift und Galle gegen die Anhänger der Initiative speien, ist zwar selbstverständlich. Daß aber auch drei Dutzend Sozialdemokraten und Gewerkschafter in zumeist führenden Stellungen – die «Neue Zürcher Zeitung» erklärt sie frohlockend als «Elite der Linken» – mit ihrem hysterischen Aufschrei gegen die «Wehrlosmachung des freien Westens» auf den Plan treten, das bezeichnet einen derartigen Abfall vom Geist, von der Wahrheit und von aller Menschlichkeit, daß sich die Unterzeichner der Erklärung samt ihrer ganzen Sache selber das Urteil gesprochen haben. Es wird viel Glauben, Festigkeit und Opfersinn brauchen, um dem zu gewärtigenden Ansturm der unterweltlichen Mächte standzuhalten. Mögen sie uns von oben geschenkt werden!

13. Juni

Hugo Kramer

Verhältnis zwischen Moskau und Belgrad geradezu ein Barometer, an dem sich ablesen läßt, wie weit die Sowjetführer im Hinblick auf die Weltlage geneigt sind, im Ostlager Duldsamkeit zu üben oder straffe Disziplin zu fordern. Die russische Furcht vor einem Weltkrieg – es war ja die Zeit des Suezkrieges – hat Ende 1956 sicher auch die rohe Niederschlagung des ungarischen Aufstandes begünstigt, und ähnliche Rücksichten auf die vermeintliche Gefahr einer Zersetzung des Ostblocks haben nun offenbar Moskau veranlaßt, auf die radikale «Liquidierung» der Aufstandsführer Imre Nagy, Pal Maleter, Miklos Gimes und Jozsef Szilagyi zu drängen. Die Sowjets und ihre Budapester Vasallen haben damit ihren bisherigen Verbrechen eine neue Missetat hinzugefügt, die um so gemeiner wirkt, als mindestens Nagy ebenso wie Maleter durch russischen Wortbruch in die Hände ihrer Henker gefallen sind. Die Regierenden in Moskau und Budapest haben mit diesem Schreckensurteil der Sache des friedlichen Zusammenlebens von West und Ost abermals einen schweren Schlag versetzt. Aber anscheinend glaubt man eben in Moskau, der Weltmeinung keinerlei Rechenschaft mehr schuldig zu sein. Ein böses Zeichen!

19. Juni